Mit Sicherheit Europa

Für ein Europa, das schützt und nützt.

Wahlprogramm von CDU und CSU
zur Europawahl 2024

CDU CSU

Präambel 1

I. Mit Sicherheit Frieden und Freiheit für Europa 3
1. Europa verteidigen und Frieden sichern 3
2. Für Sicherheit sorgen, Kriminalität bekämpfen 5
3. Durch Humanität und Ordnung Migration begrenzen 7

II. Mit Sicherheit Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit 8
1. Der europäische Binnenmarkt ist unsere Lebensader 8
2. Forschung, Innovation, Digitalisierung für ein souveränes Europa 10
3. Wirtschaft, Energie und Klima zusammendenken 12
4. Regionale Erzeugung von Lebensmitteln sichern 14
5. Gesundheit und Medikamentenversorgung verbessern 15
6. Für sichere Finanzen und eine solide Haushaltspolitik sorgen 17
7. Eine zukunftsfähige Arbeitswelt sichern 18

III. Mit Sicherheit mehr Zusammenhalt in Europa 20
1. Für ein Europa, das junge Menschen begeistert 20
2. Handlungsfähigkeit der EU stärken 21
3. EU-Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik neu ausrichten 22

CDU und CSU als Teil der Europäischen Volkspartei 23

Präambel

Europa zu neuer Sicherheit und Stärke führen

Das geeinte Europa ist für uns ein Projekt des Friedens und der Freiheit. Eingebunden in die transatlantische Partnerschaft hat Europa den Völkern des Kontinents und besonders uns Deutschen die Sicherheit gegeben, die ein freies und gutes Leben braucht. Europa ist ein Beweis dafür, dass wir aus der Geschichte lernen können; dass wir Menschen nicht gefangen sind in einem Kreislauf von Krieg und Frieden, sondern dass eine bessere Zukunft immer möglich ist. Das geeinte Europa ist die Grundlage für ein Leben in Freiheit und Wohlstand.

CDU und CSU sind die deutschen Europaparteien. Es waren maßgeblich Persönlichkeiten aus unseren Reihen, die durch ihr kluges und mutiges Handeln die europäische Einigung ermöglicht haben. Das geeinte Europa ist für uns ein wertvolles Erbe. Wir treten es an in Verantwortung für die Menschen in Deutschland und für zukünftige Generationen: Auch sie sollen in Freiheit und in Sicherheit in Europa leben können.

Wir brauchen Europa und Europa braucht uns.
Die kommende Europawahl ist wegweisend. Von außen und innen ist der europäische Sicherheitsraum bedroht und damit auch die Sicherheit Deutschlands. Der brutale Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine führt uns täglich vor Augen, dass Frieden zerbrechlich ist und die Freiheit verteidigt werden muss. Mit dem Aufstieg Chinas verändern sich die Kräfteverhältnisse in der Welt grundlegend. Die digitale Transformation, Künstliche Intelligenz und der Kampf gegen den Klimawandel verändern die Wirtschaftswelt sehr. Die transatlantische Partnerschaft mit den USA ist stark, aber wir müssen mehr dafür tun. Das Erstarken extremistischer, antiliberaler Kräfte und antiwestliche Parallelgesellschaften bedrohen das Fundament des europäischen Projekts und der freiheitlichen Demokratie. Diese Herausforderungen verlangen unseren vollen Einsatz für unser Europa. Wir sind überzeugt: Die Europäische Union kann besser werden. Um künftig ihre Erfolgsgeschichte fortzusetzen, muss die EU sich auf die zentralen gemeinsamen Aufgaben konzentrieren. Sie muss für die Menschen da sein. Sie muss unseren Unternehmen und Arbeitnehmern im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft einen konkreten Mehrwert bieten.

Für ein Europa der gemeinsamen Sicherheit.
Die Europäische Union, getragen von starken Nationalstaaten, bietet alle Voraussetzungen, um uns Europäerinnen und Europäer verlässlich zu schützen. Wir machen Politik für ein starkes Europa, das dieses Sicherheitsversprechen einlöst. Wir wollen eine bessere Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Europa zu einem handlungsfähigen Akteur und einer starken Stimme in der Welt macht. Wir setzen alles daran, die europäischen Grenzen gegen irreguläre Migration zu schützen. Wir treten ein für eine Politik, die Wirtschaft, Energie, Klima und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zusammendenkt und sicherstellt, dass Europa technologisch in der Weltspitze spielen kann. Wir tragen Sorge für eine Politik der soliden Finanzen.

Europa, in Vielfalt geeint und sicher: Auf der Grundlage eines gemeinsamen geistig-religiösen und kulturellen Erbes hat Europa einen einzigartigen „European Way of Life“ begründet. Die Achtung der Menschenwürde, Frieden und Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, soziale und ökologische Verantwortung – das macht uns Europäer im Besonderen aus. Dafür arbeiten wir. Wir wollen Europa zu neuer Sicherheit und Stärke führen.

I. Mit Sicherheit Frieden und Freiheit für Europa

Frei kann nur sein, wer in Sicherheit lebt. Für Freiheit und Sicherheit zu sorgen, ist die wichtigste Aufgabe Europas und Deutschlands. Dabei geht es sowohl um innere als auch um äußere Sicherheit.

1. Europa verteidigen und Frieden sichern

Die Sicherheitslage in Europa hat sich in den vergangenen Jahren fundamental verändert, insbesondere durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Es zeigt sich: Für Europas Sicherheit und Wehrhaftigkeit müssen wir deutlich mehr tun. Wir brauchen eine umfassende Sicherheitsagenda für die EU.

Das Friedens- und Sicherheitsversprechen für Europa erneuern. Wir wollen transatlantisch bleiben und europäischer werden. Europa braucht eine wirksame Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Unser Ziel ist eine Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft. Wir wollen die europäische Verteidigungszusammenarbeit innerhalb der EU und der NATO stärken. Die nationalen Streitkräfte sollen in einer starken europäischen Verteidigungsunion mehr zusammenarbeiten. Dabei soll auch das Vereinigte Königreich als eine führende europäische Militärmacht bestmöglich eingebunden werden. Wir verfolgen das Ziel europäischer Streitkräfte im Sinne einer gestärkten europäischen Verteidigungsunion, eingebettet in die Strukturen der NATO, um gemeinsam verteidigungsfähig zu sein.

Eine echte Verteidigungsunion schaffen. Europa muss mehr Verantwortung in der NATO tragen und die eigenen militärischen Fähigkeiten ausbauen. Die Bedrohung durch Russland ist real. Sie betrifft ganz Europa und wird unsere Verteidigungsfähigkeit dauerhaft herausfordern. Spätestens der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat offengelegt, dass zu wenig in die Verteidigung investiert worden ist. Wir brauchen einen europäischen Binnenmarkt und kein nationales Klein-Klein. Das gilt für Rüstungsgüter genauso wie für gemeinsame Exportregeln in der Rüstungsproduktion. Wir wollen militärische Ausrüstung wie Kampfflugzeuge, Kampfpanzer, Drohnen und Flugzeugträger gemeinsam mit europäischen Partnern entwickeln und beschaffen. Wir brauchen eine wehrtechnische Industriestrategie, damit die europäische Verteidigungsindustrie wächst und Schlüsselindustrien für die Sicherheit Europas auch in Europa bleiben. Mit dem nächsten langfristigen Haushalt der EU (Mehrjähriger Finanzrahmen/MFR) wollen wir deutlich mehr Mittel für Innovationen und für die Erfüllung unserer militärischen

Bedürfnisse bereitstellen, um so die Verteidigungsanstrengungen der Mitgliedstaaten zu ergänzen.

Wir sind für den Aufbau eines gemeinsamen Raketenabwehrschirms. Europa muss einen größeren Beitrag zur Abschreckung durch das NATO-Bündnis insgesamt leisten. Wir wollen in der EU die bestehenden zivilen und militärischen Planungs- und Führungsstrukturen verbessern. Wir brauchen eine umfassende Sicherheitsagenda für die EU. Sie muss in enger Verzahnung von Mitgliedstaaten und NATO erarbeitet werden. Wir brauchen – auch in einer verkleinerten Kommission – einen EU-Kommissar für Verteidigung.

Der deutsch-französischen Zusammenarbeit neuen Schwung geben. Die deutsch-französische Freundschaft ist und bleibt entscheidender Motor für die europäische Einigung. Wir verstehen sie nicht exklusiv, sondern als Initialzündung für mutige Schritte in der EU. Unsere anderen Partner in Europa wissen, wie wichtig es ist, dass Deutschland und Frankreich mit Engagement und Leidenschaft Impulse und Orientierung geben. Mit der neuen polnischen Regierung wollen wir das Weimarer Dreieck - die besondere Zusammenarbeit von Frankreich, Polen und Deutschland - wiederbeleben.

Mit den mittel- und osteuropäischen Staaten mehr zusammenarbeiten. Die Erweiterung der Europäischen Union vor 20 Jahren war ein historischer Schritt und ein Meilenstein in der Geschichte der europäischen Einigung. Wir wollen die Kooperation mit den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten besonders fördern. Wir brauchen zügig Schnellzugverbindungen nach Polen oder Tschechien. Wir setzen auf den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der Wissenschaftskooperation. Kooperationen im grenznahen Raum haben für uns einen ganz besonderen Stellenwert, denn durch sie wird Europa für die Menschen unmittelbar erlebbar.

Volle Unterstützung für unsere Partner – gerade im Krisenfall. Die Ukraine muss beim Kampf für ihre Freiheit und territoriale Integrität weiterhin unsere umfassende Unterstützung erhalten. Ein Russland, das diesen verbrecherischen Angriffskrieg führt, kann kein Partner sein. Kriegsverbrechen in der Ukraine sind im Rahmen eines Kriegsverbrechertribunals zu ahnden. Wir hoffen, dass ein anderes Russland, das eine regelbasierte internationale Ordnung einhält, eines Tages als kalkulierbarer politischer und wirtschaftlicher Partner zurückgewonnen werden kann.

Den Wiederaufbau der Ukraine fördern. Als Europäer spüren wir eine Verantwortung, die Ukraine beim Wiederaufbau mit voller Kraft zu unterstützen. Dafür wollen wir auch Wiederaufbaupartnerschaften eingehen, etwa im Rohstoff- und Energiebereich unter Einbeziehung von privatem Kapital. Wir wollen prüfen, ob Russland und russische Vermögenswerte für die Kosten des Wiederaufbaus herangezogen werden können.

Europa als geopolitischen Akteur im globalen Systemwettbewerb stärken. In einer immer unsicherer werdenden Welt muss Europa mehr Verantwortung für sich übernehmen. Wir wollen schneller zu einer EU-Position in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) kommen und deshalb hier künftig mit qualifizierter Mehrheit abstimmen. Damit sind die grundsätzlichen Kräfteverhältnisse in der EU respektiert. Zudem soll die Position des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik ausgebaut werden. Wir wollen die Rolle des Europäischen Auswärtigen Dienstes stärken.

Die USA sind und bleiben unser enger Partner. Die transatlantische Freundschaft muss ein tragender Pfeiler unserer Außenpolitik bleiben. Israel ist ein wichtiger und freundschaftlich verbundener Partner Deutschlands und Europas. Wir stehen ohne Wenn und Aber zum Existenzrecht Israels.

Das Verhältnis Europas zu China muss auf einer regelbasierten Ordnung begründet sein. Wir unterstützen die „Global Gateway Initiative“, die darauf zielt, zur Entwicklung der EU-Partnerstaaten vor allem in Afrika durch die Aktivierung privaten Kapitals beizutragen. Sie ist damit auch eine Antwort auf die „Neue Seidenstraße“ Chinas. Wir wollen die Beziehung Europas zum globalen Süden und insbesondere zu Lateinamerika, zum indopazifischen Raum und zu unserem direkten Nachbarkontinent Afrika durch Wirtschafts- und Handelspartnerschaften sowie Entwicklungszusammenarbeit stärken. Wir brauchen zusätzlich eine Sicherheitsstrategie für Afrika und die Mittelmeerregion.

2. Für Sicherheit sorgen, Kriminalität bekämpfen

Organisierte Kriminalität, Verbrechen und Terrorismus fordern die innere Sicherheit in ganz Europa heraus. Wir müssen unsere Bürgerinnen und Bürger im Alltag besser schützen.

Grenzüberschreitende Kriminalität bekämpfen. Wir wollen die Zusammenarbeit von Europol mit den Polizeien der Mitgliedstaaten stärken und weiter verbessern. So bekämpfen wir organisierte Kriminalität und insbesondere Drogen- und

Schleuserkriminalität, Cyberkriminalität und Terrorismus effektiver. Wir wollen die Datensysteme der nationalen und internationalen Sicherheitsbehörden besser vernetzen, um so beispielsweise die Geldflüsse der Kriminellen zu unterbrechen. Das Instrument des Europäischen Haftbefehls wollen wir stärken.

Extremisten, Islamisten und Antisemiten sagen wir den Kampf an. Antisemitismus in allen Formen hat keinen Platz in Europa und muss auf allen Ebenen entschieden bekämpft werden.

Gewalt gegen Frauen europaweit stoppen. Gewalt gegen Frauen ist eines der am wenigsten verfolgten und bestraften Verbrechen der Welt. Das muss sich ändern. Dazu wollen wir Gewalt gegen Frauen in ganz Europa konsequent bestrafen. Ziel ist insbesondere die Verbesserung bei der Koordinierung der Strafverfolgung (z. B. Bekämpfung von Menschenhandel, restriktive Prostitutionspolitik). Die „Istanbul-Konvention“ zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ist umzusetzen.

Mit einem europäischen Aktionsplan Kinder besser schützen. Wir wollen unsere Kinder besser vor sexuellem Kindesmissbrauch schützen. Verbrechen dieser Art sind abscheulich. Alle Instrumente des Rechtsstaats zum Schutz der Kinder müssen konsequent genutzt werden. Wir treten für die Speicherung von IP-Adressen bei allen schweren Straftaten insbesondere im Kampf gegen Kindesmissbrauch nach den Vorgaben des EuGH ein. Auch am digitalen Tatort müssen die Spuren gesichert werden. Außerdem wollen wir Kinder im Netz besser vor Cybermobbing und Grooming bewahren. Dafür soll Cybermobbing in ganz Europa als Straftat behandelt werden. Eine generelle Chatkontrolle lehnen wir ab.

Bessere Warnung vor neuen Betrugsmaschen. Wir wollen den Mehrwert von Europol für die Bürger steigern: Kriminelle verwenden überall dieselben Tricks wie Schockanrufe, Enkeltricks, WhatsApp-Betrug oder alle Formen von Betrügereien vor allem im Netz. Wir wollen, dass Europol diese Betrugsmaschen europaweit auswertet und z. B. per App die Bevölkerung sensibilisiert und so vor ihnen warnt.

Cybersicherheit verbessern, gegen Hetze im Netz kämpfen. Wir wollen das Cyberkrisenmanagement der EU fortentwickeln und die Zusammenarbeit im Kampf gegen hybride Bedrohungen und Desinformation verbessern. Europa muss bei Technologien zur Cybersicherheit unabhängiger werden. Wir wollen eine europäische Cyberbrigade

aufbauen. Zudem werden wir intensiver gegen Hetze, Hass und Desinformation im Netz vorgehen. Diesem schleichenden Gift treten wir entgegen.

3. Durch Humanität und Ordnung Migration begrenzen

Wir können auf die legale Zuwanderung von Fachkräften, die bei uns arbeiten und mit anpacken wollen, nicht verzichten. Wir stehen fest zu unserer humanitären Verpflichtung, verfolgten Menschen zu helfen. Gleichzeitig stellt die irreguläre Migration die gesamte EU und besonders Deutschland vor erhebliche Probleme. Wir wollen diese Zuwanderung stoppen. Daher stehen wir hinter dem neuen europäischen Migrationspakt. Die Ergebnisse sind wichtige Schritte in die richtige Richtung und müssen schnellstmöglich umgesetzt werden. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen.

Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften erleichtern. Deutschland muss attraktiver für Fachkräfte werden, die Verfahren müssen rein digital bearbeitet werden. Die entsprechenden Arbeitsvisa sind schnell zu erteilen, wenn alle Voraussetzungen für eine Arbeit in Deutschland vorliegen. Den Verkauf von Visa und EU-Pässen durch Mitgliedstaaten wollen wir hingegen stoppen.

Außengrenzen schützen, Frontex stärken. Wir brauchen eine bessere Überwachung der EU-Außengrenzen und - wo immer es nötig ist - auch baulichen Grenzschutz. Denn über die Einreise in die EU haben staatliche Behörden zu entscheiden und nicht kriminelle Netzwerke von Schleusern. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex muss eine echte Grenzpolizei und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen und mit 30.000 Grenzschützern werden, die irreguläre Migration wirksam aufhalten kann. Bis der Außengrenzschutz funktioniert, müssen Grenzkontrollen an den Binnengrenzen möglich bleiben. Die im Herbst 2023 eingeführten Grenzkontrollen zu Polen, Tschechien und der Schweiz sowie die seit Jahren praktizierten Kontrollen zu Österreich zeigen, dass Binnengrenzkontrollen bei gleichzeitig beibehaltener Freizügigkeit zu einem Rückgang der irregulären Migration führen. Dabei ist für uns klar: Der grenzkontrollfreie Schengen-Raum ist eine große europäische Errungenschaft.

Das Konzept der sicheren Drittstaaten umsetzen. Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat außerhalb der EU gebracht werden und dort ein Verfahren durchlaufen. Es muss ermöglicht werden, dass in sicheren Drittstaaten Asylverfahren stattfinden, die allen rechtsstaatlichen Voraussetzungen entsprechen. Im Falle der Anerkennung soll der sichere Drittstaat ihnen Schutz gewähren. Wir sprechen uns dafür

aus, dass nach der erfolgreichen Umsetzung des Drittstaatskonzepts eine Koalition der Willigen innerhalb der EU jährlich ein Kontingent schutzbedürftiger Menschen aus dem Ausland aufnimmt und entsprechend verteilt. Wir wollen die Sozialleistungen in der EU für Asylbewerber und Schutzberechtigte unter Berücksichtigung der Kaufkraft der Mitgliedstaaten annähern.

Fluchtursachen wirksam bekämpfen. Viele Flüchtlinge machen sich aus menschlich nachvollziehbaren Gründen auf den Weg nach Europa. Vorrangiges Ziel muss es sein, Hilfe in den Herkunfts- und Transitländern zu leisten und Menschen in ihrer Heimat Lebensperspektiven zu eröffnen.

Abkommen mit Transit- und Herkunftsstaaten schließen. Wir begrüßen, dass die EU mit Tunesien ein Partnerschaftspaket eingegangen ist. Wir brauchen mehr solcher Abkommen etwa mit Ägypten und ein erneuertes EU-Türkei-Abkommen.

II. Mit Sicherheit Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

Einen starken Wirtschaftsstandort Deutschland gibt es nur in einem starken Europa. Unser Land hat dem europäischen Binnenmarkt mit dem freien Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital einen erheblichen Teil seines wirtschaftlichen Erfolgs zu verdanken. Unser Wohlstand ist keine Selbstverständlichkeit. Er muss immer wieder neu erarbeitet werden.

Eine erfolgreiche Wirtschaft braucht gute Rahmenbedingungen. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland und Europa durch eine kluge Standortpolitik stärken. Wir fördern daher Forschung, Innovationen und Digitalisierung. Wir wollen intensiven Freihandel und einen vertieften EU-Binnenmarkt. Unser Ziel ist es, dass Europa auch in den Zukunftstechnologien weltweit führend ist.

1. Der europäische Binnenmarkt ist unsere Lebensader

EU-Binnenmarkt vertiefen. Der Binnenmarkt ist der Integrationsmotor Europas und eine entscheidende Säule unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Wir wollen die Weiterentwicklung und Vollendung des EU-Binnenmarkts zu einem zentralen Zukunftsprojekt der EU machen. Dies gilt insbesondere für die Zukunftsbereiche Energie, Gesundheit, Digitales, Telekommunikation und den Kapitalmarkt. Noch bestehende Hindernisse im

grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr wollen wir schnellstmöglich abbauen.

Europa als Standort von Industrie und Mittelstand stärken. Unsere Unternehmen brauchen die besten Rahmenbedingungen. Dazu gehört insbesondere sichere und bezahlbare Energie. Abhängigkeiten bei Schlüsseltechnologien und kritischen Rohstoffen werden wir konsequent abbauen. Unser Ziel sind Rohstoff- und Energiepartnerschaften mit verlässlichen Partnern. Wir wollen so u.a. die Rahmenbedingungen für Automobilindustrie, Grundstoffindustrie, Mittelstand und Handwerk, Luftfahrt und energieintensive Industrie unterstützen. Wir setzen uns für einen risikobasierten Ansatz in der Chemikalienpolitik ein und wenden uns gegen pauschale Verbote ganzer Stoffklassen.

Dem Mittelstand eine eigene Stimme in Europa geben. Für unseren Mittelstand wollen wir den Europäischen Mittelstandsbeauftragten stärken. Er soll zukünftig auch bei allen europäischen Gesetzgebungsverfahren beteiligt werden und die Anwendung der KMU-Tests zwingend prüfen.

Vorfahrt für mehr Wettbewerb und gute Jobs. Wir wollen mit einer europäischen Wettbewerbsstrategie unternehmerisches Handeln erleichtern. Gerade für den Wettbewerb mit anderen Weltregionen ist zentral, dass geistiges Eigentum weiterhin effektiv geschützt wird. Wir treten für eine Überprüfung der Taxonomie und des Green Deals auf Praxistauglichkeit und auch im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb ein. Das EU-Lieferkettengesetz in seinem aktuellen Entwurf lehnen wir ab. Hierzu wollen wir eine Erfolgs- und Effizienzkontrolle durchführen. Maßnahmen hin zu einem nachhaltigeren Wirtschaftsmodell müssen praxisnah ausgestaltet werden und dürfen die wirtschaftliche Dynamik nicht ausbremsen.

Belastungsstopp für neue Regelungen ausrufen. Die Überregulierung der Wirtschaft wollen wir durch einen sofortigen Belastungsstopp für neue und laufende EU-Initiativen beenden. Die komplexe EU-Gesetzgebung wollen wir konsolidieren, die Berichtspflichten für Unternehmen zusammenfassen und überflüssige EU-Regeln wie z. B. zu Whistleblowern abschaffen. Zudem wollen wir einen unabhängigen europäischen Normenkontrollrat schaffen, der die Bürokratiekosten misst und auch die Erfahrung in den Mitgliedstaaten mit der Anwendung des EU-Rechts berücksichtigt. Wir wollen das „1 in, 2 out“-Prinzip durchsetzen – für jede neue belastende Regelung müssen zwei alte abgeschafft werden – und so Bürokratie spürbar abbauen. Wir brauchen einen EU-

Wettbewerbsfähigkeits-Check und einen Aktionsplan zur Reduzierung der regulatorischen Belastung. Neue Regeln dürfen nur 1:1 ins nationale Recht umgesetzt werden.

Europa zum Zentrum der Leistungsfähigkeit machen. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen den innovativen Regionen in Europa einerseits und den Regionen im Transformationsprozess andererseits stärken. Europa soll sich zum Nummer-1-Standort für Start-ups entwickeln. Sie brauchen einen niedrigschwelligen Marktzugang, weniger Bürokratie und einen besseren Zugang zu vorhandenem Kapital.

Neue europäische Freihandelsinitiativen starten. Die EU braucht eine strategische Handelspolitik, die den gegenseitigen Zugang zu offenen Märkten fördert, die Versorgungssicherheit gewährleistet und Abhängigkeiten in wichtigen Bereichen reduziert. Wir wollen mehr Freihandelsabkommen vor allem mit den USA und Südamerika abschließen, ohne sie mit sachfremden Themen zu überfrachten. Gleiches gilt für Abkommen im asiatisch-pazifischen Raum, etwa mit Indien, Australien, Indonesien und Thailand. Künftig sollen Freihandelsabkommen nur noch als reine EU-Abkommen („EU-only“) verabschiedet werden. Es bedarf auch eines besseren Zugangs für europäische Unternehmen auf ausländischen digitalen Märkten insbesondere in Hinblick auf Interoperabilität. Die Welthandelsorganisation (WTO) muss weiterentwickelt werden. Zu einem funktionierenden Handel gehört auch die Sicherheit der Handelswege. Wir müssen die Handelswege wo nötig auch militärisch vor Piraterie oder gewaltsamen Angriffen schützen.

2. Forschung, Innovation, Digitalisierung für ein souveränes Europa

Forschung, Innovation und moderne Infrastruktur stärken. Mit einer Offensive für Forschung und für Innovation sowie einem starken EU-Forschungsrahmenprogramm erreichen wir eine Vorreiterrolle der EU bei der Entwicklung von Schlüsseltechnologien. Wir legen den Fokus auf Innovationsführerschaft und Technologieoffenheit. Forschungsgelder müssen primär nach dem Kriterium der wissenschaftlichen Exzellenz vergeben werden. Unser Ziel ist, dass in der EU insgesamt 3 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) für Forschung und Entwicklung investiert werden. Wir wollen mehr in den Ausbau transeuropäischer Verkehrsnetze investieren – auch zur Stärkung der militärischen Mobilität. Und Europa braucht einen souveränen Zugang zum Weltraum sowie eine unabhängige satellitengestützte Kommunikation in Europa. Dies muss mit einer langfristigen Strategie hinterlegt werden.

Technologische Souveränität stärken. Wir wollen ein Europa, das Schlüsseltechnologien versteht, entwickelt und produziert. Es ist notwendig, Abhängigkeiten zu reduzieren und deshalb auch Lieferketten zu diversifizieren. Darüber hinaus müssen wir vorsichtiger bei der Ausfuhr sensibler Technologien und bei der Einfuhr sowie der Verwendung sicherheitsrelevanter Komponenten sein. Chips und Batteriezellen sind und werden im 21. Jahrhundert zentrale Bauteile von immer mehr Produkten. Damit mehr Chips in Europa und Deutschland produziert werden, wollen wir das Europäische Chipgesetz zügig mit Leben füllen. Dazu werden wir die Europäische Halbleiterallianz ESRA nutzen und so die wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit weiter forcieren.

Wir wollen Künstliche Intelligenz, keine künstliche Bürokratie. Europa soll zum Zentrum für eine auf unseren ethischen Grundsätzen basierende Entwicklung von Künstlicher Intelligenz (KI) und digitaler Innovation werden, die den Menschen dient. Wir wollen Forschung fördern und beschleunigen, Entwicklung von Anwendungen unterstützen und Freiräume ermöglichen. In diesem Sinne wollen wir KI ermöglichen und für Wirtschaftswachstum und Fortschritte für die Gesellschaft wie z. B. im Gesundheitsbereich nutzen. Wir müssen ihre Risiken beherrschen, dürfen aber auf keinen Fall durch eine Überregulierung die Chancen und Vorteile von KI verpassen. Die neuen Vorschriften dürfen Innovationen in KI nicht abwürgen.

Den digitalen Binnenmarkt weiter vorantreiben. Wir wollen eine echte Digital- und Datenunion mit einem modernen Wettbewerbsrecht und hochklassiger digitaler Infrastruktur, insbesondere einer europäischen Cloud, sowie mit europäischen Speicher- und Rechenkapazitäten. Wir brauchen einen flächendeckenden Zugang zu 5G und 6G in jeder Region. Unser Ziel ist eine souveräne und wettbewerbsfähige europäische Digitalwirtschaft, die weltweit in Abstimmung mit unseren internationalen Partnern anerkannte technologische und rechtliche Standards setzen kann. Digitale Märkte und technologische Entwicklungen brauchen dabei so viel Freiheit wie möglich und nur so viel Regulierung wie nötig. Wir wollen Datensilos aufbrechen, Datenteilen erleichtern und Datenräume schaffen. Das Internet machen wir zu einem sichereren, transparenteren und faireren Marktplatz.

Datenschutz einfacher und innovationsfreundlicher machen. Die Privatsphäre der Bürger ist und bleibt ein hohes Gut. Aber das Datenschutzrecht ist zu kompliziert in Europa. Daten sind der Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Wir wollen daher ein deutlich einfacheres und einheitlicheres Datenschutzrecht, das auch überall in der EU gleich angewandt wird. Dazu braucht es eine Reform der Datenschutzgrundverordnung. Dabei gilt

das Prinzip: Sorgfaltspflichten gehören in sensible Bereiche. Wir begrüßen, dass die EU Datenräume wie zum Beispiel den europäischen Gesundheitsdatenraum ermöglichen will. Unter Wahrung des Datenschutzrechts soll in diesen Datenräumen das Teilen von Daten erleichtert werden.

Öffentliche Beschaffungen vereinfachen. Ab einem gewissen Auftragsvolumen schreiben internationales und vor allem europäisches Recht vor, wie Bund, Länder und Kommunen Aufträge zu vergeben haben. Die Schwellenwerte, ab denen eine europaweite Ausschreibung notwendig wird, sind jahrelang nicht an die Inflation angepasst worden. Wir wollen sie daher deutlich anheben und dadurch mehr unkomplizierte Vergaben ermöglichen. Insgesamt ist das komplette Vergaberecht zu überprüfen und deutlich zu vereinfachen.

Planungsrecht vereinfachen und das Verbandsklagerecht abschaffen. Unser Ziel ist eine Überprüfung aller geltenden, für Infrastrukturprojekte maßgeblichen Umweltrichtlinien. Zudem dürfen Planungen nicht verzögert werden durch ausufernde Beteiligung und durch verspätetes Vorbringen von Einwänden in Rechtsschutzverfahren.

3. Wirtschaft, Energie und Klima zusammendenken

Wir sehen Wirtschaft, Energie und Klimaschutz nicht als Gegensätze, sondern als Einheit. Ohne eine wettbewerbsfähige Wirtschaft kann es keinen nachhaltigen Klimaschutz geben, ohne Klimaschutzmaßnahmen keine nachhaltige Modernisierung unserer Volkswirtschaft. Daher wollen wir eine sichere Energie- und Rohstoffversorgung. Klimaschutz gestalten wir mit den Menschen und Betrieben, nicht gegen sie. Alle Sektoren sollen dabei unterstützt werden, ihre Produktionsweisen klimafreundlich umzurüsten. Dabei setzen wir auf Innovation und Forschung sowie marktbasierte Instrumente. Wir unterstützen auch die Regionen beim Klimaschutz und der Klimaanpassung.

Wir setzen auf Technologieoffenheit bei Wirtschaft, Energie und Klimaschutz. Wir stehen zum Ziel der Klimaneutralität in Europa bis 2050. Auf dem Weg dorthin setzen wir auf innovative Konzepte und auf marktbasierte Instrumente: mit Emissionshandel, mit sozialem Ausgleich, mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien, mit Energieeffizienz und mit einer Kreislaufwirtschaft. Zudem ist unser Ziel, Investitionen in Innovationen für saubere Technologien freizusetzen. Wir wollen diese unterstützen und mehr strategische Souveränität im Feld der Zukunftstechnologien. So wollen wir den Green Deal im

Sinne einer größeren Wirtschaftsfreundlichkeit weiterentwickeln. Mit innovativen Technologien wird Europa beispielgebend für den internationalen Klimaschutz.

Alle Erneuerbaren Energien gleichwertig fördern. Erneuerbare Energie ist ein wesentlicher Faktor für erfolgreichen Klimaschutz. Daher wollen wir Photovoltaik, Windkraft, Geothermie, Wasserkraft, flüssige und feste Biomasse (z. B. Holz) gleichwertig fördern und gleiche Rahmenbedingungen schaffen.

Mit Energieunion zu Energiesicherheit und -souveränität kommen. Deutschland und Europa brauchen eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Wir wollen den Binnenmarkt für Energie stärken, grenzüberschreitende Infrastruktur auf- und ausbauen und mit technologieoffener Forschung den Energiestandort Europa voranbringen. Beim Wasserstoff benötigen wir einen zügigen Hochlauf der europäischen und internationalen Produktion und eine funktionierende Transportinfrastruktur mit einem grenzüberschreitenden Pipelinenetz. Wir stehen für eine ambitionierte und zügige Umsetzung der EU-Wasserstoffstrategie. Um den notwendigen künftigen Bedarf an Wasserstoffimporten zu sichern, wollen wir mehr Energiepartnerschaften mit verlässlichen Partnern aufbauen. Die Forschung im Bereich der Energie-, Klima- und Materialforschung wollen wir intensivieren und Europa als Forschungsstandort für innovative Kerntechniken wie z. B. Kernfusion fördern. Zum Energiemix gehören für uns alle Erneuerbaren Energien sowie die Kernkraft – wir können auf diese Option derzeit nicht verzichten.

Kreislaufwirtschaft vorantreiben, Rohstoffe verantwortungsvoll nutzen. Kreislaufwirtschaft umfasst neben der Weiterverwertung von Abfall auch die zirkuläre Nutzung von Wasser und Wärme. Wir wollen Stoffkreisläufe schließen und die Langlebigkeit von Produkten verbessern.

CO_2-Kreislaufwirtschaft europaweit etablieren. Wir wollen europaweit natürliche Senken (z. B. Moore, Böden, Wälder), technische Senken (also die industrielle Abscheidung und Speicherung) und vor allem die Nutzung von CO_2 stärken. Nur mit CCS- und CCU-Technologien erreichen wir durch Negativemissionen Klimaneutralität. Dazu brauchen wir einen verlässlichen Rahmen und eine europaweite CO_2-Infrastruktur. Zudem muss direkte CO_2-Abscheidung aus der Luft mit ersten ambitionierten Pilotprojekten und der Integration in den Emissionshandel unterstützt werden.

Eine Zukunftsperspektive für den sauberen Verbrennungsmotor schaffen. Wir stehen zum Auto, unabhängig von der Antriebsart. Wir wollen das Verbrennerverbot wieder abschaffen und die deutsche Spitzentechnologie des Verbrennungsmotors erhalten und technologieoffen weiterentwickeln. Synthetische Kraftstoffe spielen dafür eine zentrale Rolle. Wir schreiben keine Technologien vor.

Natürliche Lebensgrundlagen sichern, an Klimawandel anpassen. Der Schutz der Biodiversität und der kostbaren Ressourcen wie Wasser und Wälder sind unsere Zukunftsversicherung. Klimaanpassung und nachhaltiges Wirtschaften bilden eine europäische Kernaufgabe. Dazu wollen wir Best-Practice-Beispiele insbesondere bei Maßnahmen zum Küsten- und Hochwasserschutz finden.

4. Regionale Erzeugung von Lebensmitteln sichern

Unsere Landwirtinnen und Landwirte erzeugen hochwertige Lebensmittel und leisten einen unschätzbaren Beitrag zur Ernährungssicherung sowie zum Umwelt-, Klima-, Arten- und Ressourcenschutz. Sie sind Garanten für Wertschöpfung in den Regionen mit wertvollen Arbeitsplätzen und einer nachhaltigen Rohstofferzeugung und -nutzung. Dafür verdienen sie Wertschätzung und Anerkennung. Wir wollen, dass unsere Landwirte auch künftig gut wirtschaften können. Daher setzen wir uns für bessere Rahmenbedingungen in der Landwirtschaft ein. Dabei setzen wir vor allem auf Anreize und Unterstützung statt Verbote.

Fokus auf Ernährungssicherheit und die wirtschaftlichen Perspektiven für Landwirte. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) muss eine starke ökonomische Säule haben, die den Landwirten Schutz auf volatilen Märkten bietet und es ihnen erlaubt, nachhaltiger zu wirtschaften und ein ausreichendes Einkommen zu erzielen. Die Direktzahlungen sollen eine echte Honorierung der vielfältigen Leistungen der Landwirtschaft sein und stark vereinfacht werden.

Zukunft zusammen mit der Landwirtschaft gestalten. Wir stehen an der Seite unserer Landwirtinnen und Landwirte. Der von der EU-Kommissionspräsidentin begonnene strategische Dialog soll fortgesetzt und ausgebaut werden: Wir wollen die Zukunft mit allen Bäuerinnen und Bauern gemeinsam gestalten.

Weidetierhaltung sichern – Schutzstatus des Wolfs absenken. Damit die Weidetierhaltung in Europa eine Zukunft hat, reichen Herdenschutzmaßnahmen allein nicht aus. Wir brauchen in vielen Gebieten ein Wolfsmanagement, das die Zahl der Wölfe begrenzt und Abschüsse bei hoher Wolfsdichte ermöglicht. Auch für andere große Beutegreifer braucht es vergleichbare Anpassungen.

Investitionen in die Landwirtschaft als Hightech-Sektor. Wir wollen einen starken Impuls für Präzisionslandwirtschaft, neue Züchtungstechnologien, integriertes Schädlingsmanagement und den Einsatz von Robotik in der Landwirtschaft.

Keine überzogenen Vorgaben für unsere Landwirte. Das gilt insbesondere bei neuen Regeln zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, bei Flächenstilllegungen oder Bürokratie. Die EU-Pflicht, 4 % der Agrarflächen stillzulegen, wird abgeschafft. Es braucht einen sofortigen Belastungsstopp für die Landwirtschaft.

Ländliche Räume zu Zukunftsregionen entwickeln. Mit uns wird die ländliche Entwicklung ein Schwerpunkt der EU-Politik bleiben. Neben Land- und Forstwirtschaft wollen wir vor allem Bioökonomie, Erneuerbare Energien und Tourismus in den ländlichen Regionen stärken und die Chancen der Digitalisierung nutzen.

5. Gesundheit und Medikamentenversorgung verbessern

Die Coronapandemie hat deutlich gezeigt, dass selbst das beste nationale Gesundheitssystem nie allein vor einer Pandemie schützen kann. Die Pandemie hat auch die Abhängigkeiten Europas von anderen Ländern bei der Medikamentenversorgung deutlich aufgezeigt. Europa muss sich deshalb zusammenschließen, um wichtige Fortschritte im Kampf gegen schwere Krankheiten wie Krebs oder Alzheimer zu erreichen. Wir wollen eine Gesundheitsunion schaffen, die aber nicht zu einer Vereinheitlichung der Gesundheitssysteme führt. Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz bieten große Chancen, um bei Gesundheit und dem Kampf gegen Krebs entscheidend voranzukommen. Diese Potenziale gilt es, im europäischen Schulterschluss bestmöglich auszuschöpfen – unter Berücksichtigung ethischer Fragestellung.

Gesundheitsunion schaffen. Unser Ziel ist eine europäische Gesundheitsunion für Forschung und Innovation, bei der Spitzenforschung und erstklassige Anwendungen Hand in Hand gehen und das geistige Eigentum geschützt wird. Wir brauchen eine europäische Gesundheitsunion, die Wissen und Innovationen ermöglicht und austauscht. Dazu

wollen wir die Initiativen zu einem echten Europäischen Gesundheitsdatenraum vorantreiben. Wir wollen die digitale Europäische Patientenakte umsetzen. Wir setzen uns für Prävention und die europaweite Ächtung von Drogen ein. Gesellschaftliche Experimente wie die Legalisierung von Haschisch oder anderen Drogen zum Freizeitkonsum lehnen wir entschieden ab. Wir wollen daher keine Legalisierung von Cannabis.

Europa muss wieder zur Apotheke der Welt werden. Wir wollen investitionsfreundliche Rahmenbedingungen für die pharmazeutische Industrie schaffen, damit wieder mehr Medikamente wie z. B. Antibiotika und Kindermedikamente in Produktionsstätten in Europa hergestellt werden. Dazu gehören etwa ein umfassender Patentschutz und vielfältigere Lieferketten. So begegnen wir der Medikamentenknappheit und sorgen vor.

Gemeinsam schwere Krankheiten bekämpfen und europäischen Krebsplan vollständig umsetzen. Europa muss sich zusammenschließen, um wichtige Fortschritte im Kampf gegen schwere Krankheiten wie Krebs oder Alzheimer zu erreichen. Wir sind für einen europäischen Plan für Herz-Kreislauf-Gesundheit sowie einen EU-Aktionsplan für psychische Gesundheit. Auch muss Europa seine Führungsrolle bei der Impfstoffentwicklung weiter ausbauen, um für eine mögliche nächste Pandemie bestmöglich gewappnet zu sein.

Gesundheitspolitik weiterentwickeln. Wir unterstützen das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) sowie EU-Aktivitäten für eine bessere Gesundheitssicherheit und auch internationale Krisenvorsorge.

Europäische Pflegestrategie entwickeln. Wir brauchen verbesserte Netzwerke und innovative Strukturen für beste Pflege und weniger Einsamkeit. Eine Verlagerung von Zuständigkeiten auf europäischer Ebene lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir einen besseren Austausch im Bereich Pflege, bessere Forschungsförderung und eine bessere Gewinnung von Pflegekräften.

Führerscheinrecht mit Sinn und Verstand ausgestalten. Mobilität ist individuelle Freiheit – gerade für Menschen auf dem Land. Unser Ziel ist daher, die aktuelle Gültigkeitsdauer der Führerscheine beizubehalten. Wir lehnen die Einführung von medizinischen Tests für ältere Menschen ab.

6. Für sichere Finanzen und eine solide Haushaltspolitik sorgen

Garant für eine starke EU ist eine verlässliche und stabilitätsorientierte Finanzpolitik. Sie ist zentral für den dauerhaften Zusammenhalt unserer Staatengemeinschaft und die Voraussetzung für attraktive Rahmenbedingungen für private Investitionen.

Für eine echte Stabilitätsunion, gegen eine Schuldenunion. Wir wollen eine verantwortungsvolle Finanzpolitik in Europa. Jeder Mitgliedstaat haftet für seine eigenen Schulden. Allen Formen einer Haftung Deutschlands für Schulden anderer Staaten oder für Spareinlagen in anderen Staaten (Einlagensicherung) erteilen wir eine klare Absage. Zur Sicherung einer nachhaltigen Haushaltsführung müssen auch Instrumente geschaffen werden, die deren Einhaltung sicherstellen. Die Aufnahme von Krediten zur Finanzierung des Corona-Wiederaufbaufonds in der Notlage der Pandemie muss eine Ausnahme bleiben. Wir fordern die Kommission auf, einen konkreten Fahrplan für die Rückzahlung des Wiederaufbaufonds aufzustellen. Es dürfen keine europäischen Gelder in Sozialprogramme der Mitgliedstaaten fließen.

Den Stabilitäts- und Wachstumspakt erhalten. Bei diesem Pakt geht es uns um eine vorsorgende Haushaltspolitik. Es muss sowohl die Schuldenstandsquote von 60 % des BIP als auch das jährliche Defizit-Kriterium von 3 % des BIP für alle Mitgliedstaaten verbindlich bleiben. Verstöße gegen die Stabilitätskriterien müssen konsequent sanktioniert werden.

Struktur- und Investitionsfonds für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit einsetzen. Wir unterstützen eine Kohäsionspolitik, die eine gleichmäßige Entwicklung aller europäischen Regionen, insbesondere auch der ländlichen Räume, fördert und die Wettbewerbsfähigkeit Europas strukturell stärkt. Die ostdeutschen Länder verdanken den Aufbau in erster Linie der Leistung der Bürgerinnen und Bürger und der innerdeutschen Solidarität, aber auch der Förderung durch die EU. Wir wollen für die nächste Förderperiode in der Struktur- und Kohäsionspolitik die weitere Unterstützung der ostdeutschen Länder, strukturschwacher Gebiete sowie von Transformationsregionen in ganz Deutschland sicherstellen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) muss Geldwertstabilität wahren und Inflation bekämpfen. Wir bekennen uns zur Unabhängigkeit der EZB und zu ihrem ausschließlich auf die Geldwertstabilität und die Bankenaufsicht begrenzten Mandat. Geld- und Finanzpolitik müssen getrennt bleiben. Wir müssen die angestrebte Erweiterung der EU zum

Anlass nehmen, die Stimmverteilung im EZB-Rat zu ändern. Unser Ziel ist ein Stimmgewicht in Relation zur volkswirtschaftlichen Größe und zum Haftungsrisiko des einzelnen Landes. Den Euro als Währung halten wir stabil. Neben der Anpassung der Zinsen durch die EZB sind Haushaltsdisziplin und eine Reduzierung übermäßiger Schuldenstände durch die Mitgliedstaaten unerlässliche Schritte zur wirksamen Bekämpfung der Inflation.

Bargeld erhalten. Der wichtige Kampf gegen Geldwäsche darf nicht mit einem unnötigen Kampf gegen Bargeld verwechselt werden. Wir setzen uns für den Erhalt des Bargelds ein.

Kapitalmarktunion weiterentwickeln, Risiken im Bankensystem reduzieren. Wir wollen Europa und Deutschland zu einem starken Finanzplatz machen, der internationale Standards setzt und europäischen Unternehmen das benötigte Kapital zur Verfügung stellt. Wir wollen die Kapitalmarktunion vertiefen und den Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen stärken. Bankenrettungen aus Steuermitteln und eine Vergemeinschaftung der Haftungsübernahme im Rahmen der europäischen Einlagensicherung lehnen wir ab.

Finanzmärkte im Dienste der Bürger und der Betriebe regulieren. Die Finanzwirtschaft muss eine dienende und stabilisierende Rolle für die Realwirtschaft einnehmen. Die Finanzmärkte sollen sich nicht verselbstständigen. Unser deutsches Drei-Säulen-System aus Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Banken und Genossenschaftsbanken hat sich bewährt. Wir befürworten eine strikte Regulierung des weltweiten Finanzmarkts, die gleichwohl den Unterschieden in unserem Bankensystem Rechnung trägt.

7. Eine zukunftsfähige Arbeitswelt sichern

Eine gut funktionierende Wirtschaft mit einem zukunftsfähigen Arbeitsmarkt ist wichtige Voraussetzung für ein eigenständiges Leben der Menschen. Arbeit ist wertvoll, weil sie materielle Sicherheit gewährleistet, Identität stiftet und Teilhabe schafft. Gleichzeitig können die Mitgliedstaaten durch gute Steuereinnahmen und Sozialbeiträge ihren Sozialstaat mit sicherer Rente, gutem Gesundheits- und Pflegesystem und Hilfe für die Schwächsten finanzieren.

Für eine moderne Arbeitswelt und ein sozial sicheres Europa. Wir wollen einen starken Arbeitsmarkt mit vielen sozialversicherten Beschäftigten und fair bezahlten Jobs. Wir setzen uns für arbeitsrechtliche und soziale Schutzstandards für alle Beschäftigten ein. Wir stehen für ein soziales Europa, in dem die Menschen arbeiten, die Wirtschaft brummt und so die Mitgliedstaaten mit ihren Steuereinnahmen einen leistungsfähigen Sozialstaat finanzieren können. So helfen wir Menschen in Not. Eine hohe Arbeitsbeschäftigung sorgt für starke soziale Sicherungssysteme. Die Tarifbindung wollen wir erhöhen. Eine europäische Arbeitslosenversicherung lehnen wir aber ab.

Arbeitnehmerfreizügigkeit verbessern. Wir wollen die Arbeitnehmermobilität in Europa verbessern und die sozialversicherungs- und arbeitsrechtlichen Regelungen zur Entsendung (z. B. sogenannte A1-Bescheinigungen) von Arbeitnehmern schnell vereinfachen. Dienstreisen und grenzüberschreitendes Arbeiten wollen wir erleichtern. Das hilft besonders Menschen in Grenzregionen. Arbeitsverhältnisse, die nur geschlossen oder aufrechterhalten werden, um in Deutschland missbräuchlich Sozialleistungen zu beziehen, werden wir aber beenden.

Fachkräftemangel in Deutschland europäisch begegnen. Wir wollen mehr Menschen in Arbeit bringen. Durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir es insbesondere Frauen ermöglichen, von Teilzeit auf Vollzeit zu wechseln. Wir wollen den Anteil von Frauen in der Wissenschaft, Forschung, Mathematik und im Ingenieurwesen erhöhen. Gleichzeitig müssen die Fähigkeiten junger Menschen aus ganz Europa zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in Deutschland gefördert und genutzt werden. Dafür müssen insbesondere alle Hürden beseitigt werden, die es bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit noch gibt.

Faire Arbeitsbedingungen schaffen, auch für Plattformarbeit. Faire Arbeitsbedingungen muss es auch für grenzüberschreitend Beschäftigte geben. Wir wollen für die vielen Beschäftigten auf digitalen Plattformen sicherstellen, dass die wichtigen Standards zum Arbeitnehmerschutz auch für sie gelten und eingehalten werden.

Bildungs- und Ausbildungsmobilität stärken, um Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Mitgliedstaaten sollen Anerkennungsverfahren und Transparenzinstrumente für die berufliche Bildung weiter vereinfachen.

Europäischen Behindertenausweis einführen. Wir begrüßen die beschlossene Einführung des europäischen Behindertenausweises, der als zusätzliches Dokument das barrierefreie Reisen in der EU vereinfachen wird. Es braucht ein Informationsportal für barrierefreies Reisen. Wir unterstützen die EU darin, einzelstaatliche Maßnahmen für Menschen mit Behinderung zu ergänzen.

Europäischen Kultur- und Kreativsektor unterstützen. Der Kultur- und Kreativsektor ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft und ein eigenständiger Berufszweig. Als solchen wollen wir ihn bei der nachhaltigen und digitalen Transformation unterstützen und vor dem Missbrauch von Inhalten schützen. Daher setzen wir uns für den Schutz des Urheberrechts insbesondere in der Musik-, Film- und Literaturbranche ein.

III. Mit Sicherheit mehr Zusammenhalt in Europa

Wir wollen ein Europa, das regional verwurzelt, national getragen und europäisch legitimiert ist und das für die Bürgerinnen und Bürger da ist. Zugleich treten wir für eine EU ein, die besser funktioniert und sich auf das Wesentliche konzentriert.

Unser Ziel ist, die europäische Wertegemeinschaft und damit auch den Zusammenhalt unter den Europäern zu stärken. Gerade in dieser schwierigen Zeit ist ein starkes Miteinander unverzichtbar. Wir stehen zu einer europäischen Leitkultur, die von der Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und solidarischem Miteinander geprägt ist. Gleichzeitig ist unser Ziel, den gesellschaftlichen Zusammenhalt auch zwischen den Generationen zu fördern. Dabei setzen wir auf Ehe und Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft und würdigen die Lebensleistungen älterer Generationen.

1. Für ein Europa, das junge Menschen begeistert

Unser Europa steht für den „European Way of Life“. Junge Menschen sind die Zukunft Europas. Daher wollen wir die Begegnung zwischen jungen Europäern fördern und weiter intensivieren.

Mobilität junger Menschen fördern. Wir wollen den Jugendaustausch und die Freiwilligenprogramme in Europa stärken und die Mobilität junger Menschen etwa mit dem Ausbau von „DiscoverEU“ umfassender unterstützen.

Austausch bei der Berufsausbildung stärken. Unser Ziel ist, dass gerade mehr Auszubildende an Austauschprogrammen mit anderen EU-Staaten teilnehmen. Dazu sind die Beratungs- und Förderangebote in Deutschland zu erweitern und unter einem nationalen Dach zusammenzuführen.

Junge Menschen fördern durch Erasmus+. Wir setzen uns für die Erweiterung und finanzielle Aufstockung des „Erasmus+"-Programms ein, das Studierenden, Auszubildenden und Schülern ermöglicht, einen Teil ihrer Ausbildung im europäischen Ausland zu absolvieren.

Zertifikate und Zeugnisse im Europäischen Bildungsraum anerkennen. Wir wollen Kriterien entwickeln, die eine Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse in allen Bereichen (Schule, Hochschule sowie berufliche Bildung) gewährleisten – ohne bewährte Strukturen zu untergraben.

Presse- und Medienfreiheit schützen. Es bedarf eines Rahmens, der den Entwicklungen der modernen Medienwelt gerecht wird. Das Europäische Medienfreiheitsgesetz ist ein deutlicher Fortschritt für Pluralismus und bessere Bekämpfung von Desinformation. Gerade in Zeiten hybrider externer Bedrohungen müssen wir auf EU-Ebene die Presse- und Medienfreiheit stärken.

2. Handlungsfähigkeit der EU stärken

Die EU muss handlungsfähiger werden – im Innern wie im Äußeren. Hierfür braucht es Reformen der EU-Institutionen und ihrer Arbeitsweise. Nur so kann die EU Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft geben.

Mehr Europa dort, wo Europa mehr kann. Wir brauchen eine EU, die sich auf jene Aufgaben konzentriert, die auf europäischer Ebene besser als auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene erfüllt werden können. Dies gilt vor allem bei innerer und äußerer Sicherheit, Migration, Wirtschaft, Handel, Energie und Klimaschutz. Dabei soll auch das Instrument der „verstärkten Zusammenarbeit" im Sinne eines Europas der Pioniere häufiger genutzt werden.

Erweiterung und Reformen der EU müssen Hand in Hand gehen. Die EU soll in Zukunft schneller zu geeinten Positionen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) kommen und deshalb hier künftig mit qualifizierter Mehrheit abstimmen.

Damit sind die grundsätzlichen Kräfteverhältnisse in der EU respektiert. Zudem gilt es, die EU-Kommission umzustrukturieren und zu verschlanken. Wir werden das Europäische Parlament durch das eigene Initiativrecht und das Diskontinuitätsprinzip, nach dem alle nicht beschlossenen Entwürfe in einer neuen Wahlperiode erneut eingebracht werden müssen, stärken. Wir unterstützen die Spitzenkandidatin der EVP, Dr. Ursula von der Leyen, für die Wiederwahl als Kommissionspräsidentin 2024. Damit eine EU-Erweiterung überhaupt möglich ist, muss sich die EU zunächst selbst reformieren. Wir wollen die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die EU fit für die Zukunft zu machen und weiterzuentwickeln.

Wir stehen zum Subsidiaritätsprinzip, darauf muss sich die EU rückbesinnen. Wir wollen einen Kompetenzkatalog und einen Check für Institutionen, um gemeinsame Hauptziele zu identifizieren. Dabei müssen aber auch die Kompetenzen berücksichtigt werden, die den Mitgliedstaaten obliegen. Wir lehnen eine Vergrößerung des EU-Personalbestands ab. Wir müssen in den EU-Behörden ein stärkeres Bewusstsein für die Realitäten vor Ort erzeugen.

Rechtsstaatlichkeit verteidigen. Das bereits bestehende Verfahren zum Schutz der Grundwerte der EU im EU-Vertrag sowie der neue EU-Rechtsstaatsmechanismus bieten die notwendigen Handlungsspielräume, um schwerwiegende Verletzungen der Grundwerte durch einzelne Mitgliedstaaten zu sanktionieren. Diese müssen wir nutzen.

Die Vielfalt der Regionen als Stärke Europas aufwerten. Europas Stärke liegt in der Vielfalt seiner Regionen, wo Menschen Heimat erleben. Deshalb wollen wir den Ausschuss der Regionen stärken. Zugleich ist unser Ziel, die verstärkte regionale Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg auszubauen und zu fördern – auch indem wir grenzüberschreitende Pilotregionen ermöglichen und den europäischen Rechtsrahmen weiterentwickeln. Zur Regionalität gehört für uns zudem, dass die Daseinsvorsoge, beispielsweise die Trinkwasserversorgung, in kommunaler Hand bleibt.

3. EU-Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik neu ausrichten

Europa ist größer als die EU, aber die EU ist Europas Herz. Weil die EU durch immer neue Krisen von außen herausgefordert wird, ist es wichtiger denn je, dass Europa zusammenwächst. Der EU-Beitritt der sechs Westbalkan-Länder, der Ukraine und der Republik Moldau liegt im sicherheits- und geopolitischen Interesse Deutschlands und Europas. Vor einem Beitritt müssen alle Beitrittskriterien vollständig erfüllt sein.

EU-Beitrittskandidaten eine konkrete Perspektive bieten. Dafür schlagen wir Zwischenstufen für Kandidatenländer hin zur Mitgliedschaft in der EU vor. Dies können z. B. die Teilnahme an einzelnen EU-Programmen, der graduelle Zugang zum Binnenmarkt oder die Gewährung der vier Grundfreiheiten sein.

Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich vertiefen. Die Briten haben sich leider für einen Weg außerhalb der EU entschieden. Es ist aber im großen gegenseitigen strategischen Interesse, eng und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten – auch und gerade in der Sicherheitspolitik. Die Zusammenarbeit muss stets dem langfristigen europäischen Interesse dienen, das gilt z. B. für den Wiederbeitritt des Vereinigten Königreichs zum Programm Erasmus+.

Potenziale der Europäischen Politischen Gemeinschaft nutzen. Mit diesem Format ist ein neues Forum für den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den EU-Ländern und 17 weiteren europäischen Staaten entstanden, das den Zusammenhalt in ganz Europa stärken kann. Doppelstrukturen mit der EU lehnen wir ab.

Gute politische und wirtschaftliche Beziehungen zur Türkei pflegen. Auch die Türkei ist von strategischer Bedeutung für Europa. Wir bedauern, dass sie sich derzeit von der Werteordnung der EU entfernt und damit der EU nicht beitreten kann.

CDU und CSU als Teil der Europäischen Volkspartei

Als CDU und CSU sind wir Teil der großen christdemokratischen und christsozialen Familie in Europa: der Europäischen Volkspartei (EVP). Rund 50 Parteien aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind darin zusammengeschlossen, Dutzende weitere aus europäischen Ländern außerhalb der EU kommen hinzu. Unser Anspruch ist es, wieder stärkste Fraktion im Europäischen Parlament zu werden. Gemeinsam kämpfen wir für unseren European Way of Life und unsere gemeinsamen Überzeugungen:

Unser European Way of Life: Gemeinsam stärker und sicherer!
Europa ist unsere Heimat. Als EVP haben wir ein Europa aufgebaut, in dem die Würde, Freiheit und Sicherheit des Menschen immer an erster Stelle stehen. Wir, als Europäer, sind mehr als die Summe unserer nationalen Identitäten. Unsere Geschichte, unser Erbe, unsere jüdisch-christlichen Wurzeln und unsere kulturelle Vielfalt definieren uns. „In Vielfalt geeint" macht uns gemeinsam stark und ermöglicht Frieden und Wohlstand für

alle Europäerinnen und Europäer. Im Angesicht einer komplexen Welt träumen manche davon, ein „Weltbürger" ohne Wurzeln zu sein. Andere wiederum wollen alle Türen schließen und sich in nationalen Egoismus zurückziehen. Beides lehnen wir ab. Wir sind stolz auf unsere Wurzeln und blicken optimistisch in die Zukunft. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern nicht vorschreiben, woran sie zu glauben oder was sie zu fürchten haben. Stattdessen hören wir ihnen zu, respektieren sie und setzen uns für sie ein. Wir sind Brückenbauer. Die EVP hat unsere Soziale Marktwirtschaft erfunden, die wirtschaftliche Freiheit mit sozialer Verantwortung in Einklang bringt. Die EVP steht für eine starke Demokratie auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit. In unserem Europa entscheiden die Bürgerinnen und Bürger.

Wir glauben an unseren European Way of Life. Freiheit ist entscheidend, aber Freiheit ohne Sicherheit gibt es nicht. Unsere Bürger erwarten ein Europa, in dem sie in allen Lebensbereichen sicher leben können. Sie wollen sichere Arbeitsplätze, die ein gutes Leben garantieren und ein erfülltes Familienleben ermöglichen. Sie erwarten ein Europa, das sich für ein Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie einsetzt.

Wir stehen für ein starkes Europa, das in Fragen der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit mit einer Stimme spricht. Ein Europa, das Autokraten selbstbewusst entgegentritt und denjenigen zur Seite steht, die für unsere freiheitliche Grundordnung kämpfen, so wie es die Ukrainerinnen und Ukrainer gegen Putins Aggression jeden Tag beispielhaft leisten. Ein Europa, das seine Grenzen schützt und illegale Migration bekämpft.

Wir stehen für ein wettbewerbsfähiges Europa, das seine Wirtschaft ankurbelt und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze schafft, während es gleichzeitig eine gute wirtschaftliche Zukunft für alle ermöglicht. Wir stehen zur europäischen Führungsrolle beim Umwelt- und Klimaschutz, nicht nur um unseren Planeten zu schützen, sondern auch um wirtschaftlichen Wohlstand und Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Das werden wir mit weniger Bürokratie und einer zukunftsorientierten Energieunion zusätzlich sicherstellen. Wir wollen, dass Europa die Zukunft gestaltet und anführt, indem es in modernste Infrastruktur, Innovation und digitale Technologien investiert. Gleichzeitig stehen wir für ein offenes Europa, das auch seine eigenen Interessen schützt. Wir wollen unseren Bürgerinnen und Bürgern und unseren Unternehmen Zugang zu den Weltmärkten verschaffen, indem wir kluge, auf Gegenseitigkeit beruhende Handelsabkommen mit gleichgesinnten Partnern abschließen.

Wir stehen für ein bürgernahes Europa, das Familien unterstützt, Chancen für alle schafft und die Gleichstellung von Frauen und Männern und Solidarität zwischen den Generationen fördert. Ein Europa, das die Schwächsten in unserer Gesellschaft schützt – online und offline. Ein Europa, das sicherstellt, dass bei jeder technologischen Innovation der Mensch im Mittelpunkt steht. Ein Europa, das „Brain Drain" in „Brain Gain" verwandelt. Ein Europa, das in die Gesundheitsforschung investiert, hohe Gesundheits- und Pflegestandards garantiert und Krankheiten bekämpft.

Wir stehen für ein demokratisches Europa, in dem die Bürgerinnen und Bürger entscheiden. Ein Europa, das seine Grundwerte innerhalb und außerhalb seiner Grenzen hochhält. Ein Europa, das garantiert, dass alle Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz gleich sind. Ein Europa, das das Vertrauen all jener zurückgewinnt, die sich nicht gehört oder zurückgelassen fühlen.

Europa hat alle Möglichkeiten, um seine eigene Zukunft bestens zu gestalten. So wie es die EVP in den vergangenen Jahrzehnten getan hat, werden wir Europa auch jetzt zusammenhalten, unseren European Way of Life auf der Grundlage von Freiheit, Pluralismus, Subsidiarität, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verteidigen und nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung fördern. Nur mit der EVP wird Europa gemeinsam stärker und sicherer sein.